Bezugsgebühr
vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 3.75.

Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Haupterpeditionsstelle, Marienstr. 38, und in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.

Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf. Doppelzeile „unter dem Strich" (eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pf. für Familiennachrichten 2c.), desgl. 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. in 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Das Putz- & Mode-Magazin
F. M. Korschatz
Hoflieferant, Strauß- & Federnfabrik, Altmarkt 6, gegründet 1873,
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden

Photographische Apparate für Amateure.
Carl Plaul
25 Wallstrasse 25
Verkaufslocal jetzt: Parterre.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34
Eingang sämmtlicher Neuheiten
in elegant garnirten Damenhüten jeden Genres und jeder Preislage.

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 5, I.
Fernsprechstelle 1117.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Billet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effekten-Kontrolle unter Garantie.
IV. Kollektion der Sächs. Landeslotterie.

Dresdner Champagner-Fabrik
Fernsprecher: Amt II, Nr. 2153 empfiehlt ihre Telegr.-Adresse: Champag.-Dresden
mit K. S. Staatspreis ausgezeichneten Champagner
(vollständiger Ersatz für französische Fabrikate bietend),
auch rothe Assmannshäuser und Burgunder Mousseux.
Niederlagen bei Herrn H. E. Philipp, an der Kreuzkirche 2, und bei Herren Weis & Henke, Schlossstrasse 17.

Regenschirme in grösster Auswahl zu billigsten Preisen. Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

Nr. 295. Spiegel: Landwirthschaft und Handelsverträge. Hofnachrichten, Landtagsvorlagen, Bund der Landwirthe, Brauntöpferei. „Vor der Fluth." Sinfonie-Concert. „Prinz Friedrich von Homburg." | Muthmaßliche Witterung: Trübe, kühl. | **Sonntag, 24. Oktober 1897.**

Für die Monate November u. Dezember

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei der Geschäftsstelle, Marienstraße 38 und bei unseren Neben-Annahmestellen zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

Politisches.

Ein kräftiges Wort zu Gunsten der deutschen Landwirthschaft ist in der bayerischen Abgeordnetenkammer gesprochen worden gelegentlich der Berathung über den Antrag Dr. Ratzinger und Genossen auf Aufhebung der gemischten Transitlager und Beseitigung der Zollkredite, sowie auf sofortige Kündigung des Meistbegünstigungsvertrags mit Nordamerika, in Verbindung mit der Forderung, daß bei dem Abschluß neuer Handelsverträge die Getreide- und Holzzölle erhöht würden. Der Antragsteller bezeichnete in seiner Begründung die gemischten Transitlager (d. h. solche mit dem Privilegium der Kreditirung des Zolles auf bestimmte Frist versehene, dem Interesse des Zwischenhandels und der Durchfuhr dienende, unter amtlichem Mitverschluß stehende Niederlagen von eingeführtem Holz und Getreide, bei denen im Gegensatz zu den reinen Transitlagern neben der Wiederausfuhr auch der Absatz innerhalb des Zollgebietes selbst gestattet ist) als „Burgen wirthschaftlicher Fremdherrschaft". Die deutsche Landwirthschaft beklage sich bitter über die ungeheure Macht, die durch jene Institute auf die Preisbildung im Sinne einer allgemeinen Preisdrückung ausgeübt werde, eine „Zwingherrschaft ausländischer Interessen", die keinesfalls länger geduldet werden könne. Betreffs des Meistbegünstigungsvertrags mit den Vereinigten Staaten von Amerika erklärte Dr. Ratzinger, daß von der Zeit seines Abschlusses her der große Niedergang der ganzen mitteleuropäischen Landwirthschaft datire, daß seitdem der Nothstand der deutschen Bauern eingetreten sei. Hier müsse unbedingt etwas Durchgreifendes geschehen und da biete sich als einziges wirksames Mittel die Kündigung jenes verhängnißvollen Vertrags dar. Daß der Antrag Dr. Ratzinger nicht blos „agitatorische" Zwecke verfolgt, wie man wahrscheinlich von manchesterlicher Seite versucht sein wird, die Sache darzustellen, sondern, daß er einen sehr ernsten realpolitischen Hintergrund hat, beweist die für die Landwirthschaft höchst erfreuliche, überaus entgegenkommende Form, in der sich Namens der bayrischen Regierung Freiherr v. Crailsheim zur Sache äußerte. Für denjenigen Theil des Antrags, der sich auf die Beseitigung der gemischten Transitlager und der Zollkredite bezieht, sagte der Minister schlechthin das Eintreten der Regierung im Bundesrath zu. Bezüglich unseres Verhaltens gegenüber Nordamerika lehnte der Minister allerdings das Einrücken Bayerns in's Vordertreffen ab, wünschte vielmehr, daß man Vertrauen auf die richtigen Entschließungen der Reichsregierung setzen möge. Gleichzeitig gab er aber auch sein in solcher offizieller Form sehr bedeutsames persönliches Urtheil dahin ab, es sei die Möglichkeit vorhanden, daß es zur Kündigung des amerikanischen Meistbegünstigungsvertrags kommen werde. Endlich erging aus dem Munde des Ministers noch die Versicherung, daß die bayerische Regierung unter den Maßnahmen, deren Vorbereitung sie mit Rücksicht auf den Ablauf der bestehenden Handelsverträge für nothwendig erachte, eine Erhöhung der Getreidezölle an der zuständigen Stelle in Vorschlag gebracht habe. Wenn die berechtigten landwirthschaftlichen Interessen eine so warme und eingehende Würdigung von Seiten der Regierung des zweitgrößten Bundesstaats erfahren, so ist das ein erfolgverheißendes Vorzeichen für das Ergebniß der Verhandlungen, die in der demnächst in Berlin zusammentretenden Kommission zur Vorberathung von Handelsverträgen beginnen werden.

Als Vorläufer der seitens der genannten Kommission zu pflegenden Erörterungen machen sich schon jetzt Auseinandersetzungen in der betheiligten Presse bemerkbar, die sich mit der Beantwortung der Frage befassen: „Welches ist die beste Form neu abzuschließender Handelsverträge im gleichmäßigen Interesse der gesammten nationalen Wirthschaft?" In den maßgebenden Kreisen der Industrie und der Landwirthschaft tritt bei der Behandlung dieses Gegenstands eine Meinungsverschiedenheit hervor, die sich aber nicht auf den wesentlichen Punkt bezieht, ob die Vertragsform überhaupt zu wählen sei — darin sind vielmehr beide große Erwerbsgruppen einig —, sondern die lediglich in dem Zweifel wurzelt, welches System von Verträgen vorzuziehen sei. Der gegenwärtige Zustand ist der, daß wir sowohl Tarifverträge (d. h. solche, in denen die einzelnen Ein- und Ausfuhrartikel besonders aufgeführt und die Zollsätze für jede Position vertragsmäßig auf einen bestimmten Satz festgelegt sind) mit der Meistbegünstigungsklausel als auch sogenannte reine Meistbegünstigungsverträge besitzen. Die reinen Meistbegünstigungsverträge enthalten keine gebundenen Zollsätze, sondern wir verpflichten uns dadurch nur, dem vertragschließenden Staate jedes zollpolitische Zugeständniß einzuräumen, das ein dritter Staat von uns erlangt. Eine derartige Verabredung kann sich wiederum entweder auf alle (wie z. B. mit Frankreich) oder (wie es z. B. mit den Vereinigten Staaten der Fall ist) nur auf bestimmte gegenseitige Handelsartikel beziehen. Bei der jetzt üblichen Verbindung von Tarif- und Meistbegünstigungsverträgen (d. h. der Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel in die Tarifverträge) ergiebt sich der Nachtheil, daß wir innerhalb der gewöhnlich langen Frist, auf die solche Verträge geschlossen werden, außer Stande sind, die festgelegten Tarifsätze nach dem wechselnden wirthschaftlichen Bedürfniß zu ändern. Von landwirthschaftlicher Seite wird mit Rücksicht auf diesen Uebelstand die Ansicht verfochten, daß es sich für uns empfehle, künftig nur reine Meistbegünstigungsverträge ohne gebundene Zollsätze abzuschließen. Als Unterlage solcher Verträge würde deutscherseits ein doppelter autonomer (d. h. selbstständiger, von Bundesrath und Reichstag für sich, ohne Vereinbarung mit einem fremden Staate festgestellter) Zolltarif zu schaffen sein: ein Minimaltarif, der auf die Vertragsländer Anwendung findet, und ein Maximaltarif, dessen erhöhte Sätze gegenüber den Nichtvertragsländern in Kraft treten. Im Falle eines Zollkriegs würden sich die Sätze des Maximaltarifs überdies noch durch den prozentweisen Kampfzuschlag erhöhen. Ein derartiger autonomer Tarif gestattet jeden Augenblick Aenderungen der einzelnen Zollpositionen, die sich im nationalen wirthschaftlichen Interesse als nothwendig erweisen. Allerdings würde die Billigkeit erfordern, daß die Staaten, mit denen Meistbegünstigungsverträge geschlossen sind, von der Vornahme einer Abänderung rechtzeitig in Kenntniß gesetzt werden müßten. Eine dahingehende Verpflichtung wäre in dem Text der Verträge für beide Kontrahenten festzustellen. Eines Weiteren bedarf es nicht, da der reine Meistbegünstigungsvertrag die Höhe der Zollsätze unberührt läßt.

Im Gegensatz zu der in landwirthschaftlichen Kreisen herrschenden Auffassung ist auf industrieller Seite überwiegend die Meinung vertreten, daß das Interesse der handelspolitischen Stabilität ein Festhalten an den spezifizirten Tarifverträgen mit der Meistbegünstigungsklausel gebiete. Wenn aber die Manchesterpartei aus diesem Umstand die Hoffnung herleiten sollte, daß Industrie und Landwirthschaft deswegen sich in die Haare fahren und zu einer itio in partes schreiten würden, so irren sie sich. Die landwirthschaftlichen Interessenten sind im Gegentheil bereit, ihre Mithilfe eventuell auch für das Zustandekommen von Tarifverträgen anzubieten, sofern nur von der anderen Seite das gewiß billige Zugeständniß gemacht wird, daß wenigstens für die hauptsächlichen landwirthschaftlichen Erzeugnisse von der vertragsmäßigen Festlegung der Zollsätze abgesehen werde. Bei der allgemeinen Neigung der beiden großen nationalen Erwerbsgruppen zur Bekundung der wirthschaftspolitischen Solidarität von Industrie und Landwirthschaft darf man zuversichtlich erwarten, daß sich der Weg zur Erzielung eines Einverständnisses über den beregten Punkt ohne große Schwierigkeit finden lassen wird.

Die einsichtsvollen Kreise der Industrie und des Handels sind zu der Erkenntniß gelangt, worin eigentlich unsere handelspolitische Achillesferse liegt, nämlich in unserer stets wachsenden Abhängigkeit vom Ausland, soweit die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln in Frage kommt. Im Jahre 1889 belief sich die Einfuhr in der Gruppe Lebensmittel auf rund 1230 Millionen Mark, im Vorjahr dagegen bereits auf 1482 Millionen Mark. Das ergiebt in sieben Jahren eine Steigerung von über 250 Millionen Mark an Werth, während in demselben Zeitraum die Ausfuhr in der gleichen Rubrik nur um 50 Millionen Mark gewachsen ist. Die gesammte Bilanz des deutschen Handels stellt sich seit 1889 in der Form dar, daß wir für 200 Millionen Mark Nahrungsmittel mehr eingeführt und dafür etwa die gleiche Summe an Fabrikaten mehr ausgeführt haben. Die Gestaltung unserer Handelsbilanz erleidet somit durch den Massenverbrauch fremder Lebensmittel in Deutschland eine fortgesetzte ungünstige Beeinflussung. Dem kann nur abgeholfen werden durch die Errichtung wirksamer Zollschutzschranken zu Gunsten unserer heimischen landwirthschaftlichen Erzeugnisse. Wenn diesem zwingenden handelspolitischen Gesichtspunkt bei den bevorstehenden Berathungen und Entschließungen über die neuen Handelsverträge ausgiebig Rechnung getragen wird, so ist das nicht allein für die Landwirthschaft von Nutzen, sondern alle Erwerbsstände werden dabei gleichmäßig gut fahren; denn, um die Worte des bayerischen Abgeordneten Dr. Ratzinger zu gebrauchen, wenn die einheimische Landwirthschaft wieder freier aufathmet, dann wird sich auch die Produktion auf dem Gebiete der Industrie und des Gewerbes erhöhen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23. Oktober.

* Paris. Kammer. Der Ministerpräsident erwiederte auf die Interpellation Gerault-Richards, er habe die Eingangszölle für Getreide mit Rücksicht auf die Brotpreise nicht herabgesetzt, und erinnerte an die trüben Erfahrungen der Getreidezollherabsetzungen im Jahre 1881. Der gegenwärtige Stand des Marktes spreche übrigens gegen eine merkliche Erhöhung des Getreidepreises. Was die angebliche Verschwörung von Kapitalisten betreffe, die Bevölkerung auszuhungern, so bemerke er, daß der Getreidepreis in ganz Europa gestiegen sei. Die Regierung habe den Spekulationsmißbrauch möglichst unterdrückt und die Hausse sei durch Pariser Nachrichten und die sozialistische Campagne hervorgerufen worden. Die Regierung gehe allerdings gegen die angeschuldigten Spekulanten vor, aber oft seien die Beschuldigungen ungenau. Die Brotfrage wäre nicht vorhanden, wenn sich die Sozialisten dieselbe zu organisiren statt zu zerstören bemühten. (Beifall.) Nach kurzer Debatte wurde die Diskussion geschlossen. Eine von dem Ministerpräsidenten Méline genehmigte Tagesordnung Jaurès, welche die Erklärungen der Regierung billigt und von den Erklärungen Méline's über unerlaubte Geschäftspraktiken Akt nimmt, wurde mit 398 gegen 76 Stimmen angenommen, worauf der Schluß der Sitzung erfolgte.

Berlin. In der letzten Bundesrathssitzung widmete der Vorsitzende, Staatssekretär Graf v. Posadowsky, dem verstorbenen preußischen Bevollmächtigten Generalsteuer-Direktor Schomer einen ehrenden Nachruf. — Das Kanonenboot „Wolf" hat am 18. ds. Mts. Wilhelmshaven verlassen, um seine Geschützstände auf Schillig-Rhede anzuschießen. Im Anschluß daran ist das Schiff nach Wilhelmshaven zurückgegangen, um einige Umstauungen in der Gewichtsvertheilung an Bord vorzunehmen. Das Gerücht, das Kanonenboot „Wolf" sei von See zurückgekommen, weil es zu sehr belastet sei, beruht demnach auf einem Irrthum. — Gegenstand der gestern stattgefundenen Besprechung des Staatssekretärs des Reichspostamts v. Podbielski mit Vertretern von 16 deutschen Handelskammern, des Deutschen Handelstags und des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller waren die Reformen, welche der Staatssekretär im Tarifwesen vorzunehmen, beziehungsweise dem Reichskanzler vorzuschlagen beabsichtigt. Diese Reformen betreffen die Erhöhung des einfachen Briefgewichts, die Ermäßigung des Briefportos für den Naheverkehr und die Gebühr für Postanweisungen über kleine Beträge. Neben diesen Fragen, die voraussichtlich eine allgemein zufriedenstellende Lösung finden werden, wurden seitens des Staatssekretärs Vorschläge gemacht, welche eine Vereinfachung des technischen Betriebs bezwecken. Ueberall war das Bestreben ersichtlich, den Wünschen der betheiligten Kreise durch Schaffung zeitgemäßer und praktischer Erleichterungen Folge zu geben. — Graf v. Arnim-Boitzenburg, Sohn des früheren Reichstagspräsidenten Grafen Arnim, ist in das Herrenhaus berufen worden, ebenso das bisherige Mitglied des Abgeordnetenhauses Freiherr v. Eckardstein. — Die Herren, die seiner Zeit vom Aeltesten-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft auf Wunsch des preußischen Handelsministers gewählt wurden, um über die Angelegenheit der Getreidebörse mit ihm zu konferiren, werden auf den 4. November zu einer Besprechung eingeladen. — Der „Kreuz-Ztg." wird aus Rom bezüglich der Enthüllungen über die Stellung des Grafen Robilant zum Dreibund geschrieben, daß die Mehrzahl Derer, die die Frage des Dreibundes erörtern, mit dessen Wesen gar nicht vertraut seien, obwohl in maßgebenden Kreisen oft genug darauf hingewiesen sei, daß der Dreibund gar nicht so aufzufassen sei, als bestände ein wirkliches Bündniß zwischen den drei Staaten. Die Triplealianz setze sich eben in der Weise zusammen, daß neben dem deutsch-österreichischen Bündniß ein Deutsch-Italienisches und ein Oesterreichisch-Italienisches geschaffen sei, von welchen Bundnissen aber nur das zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn für keine bestimmte Zeitdauer abgeschlossen sei.

Berlin. Die „Post" hebt hervor, daß die Marineverwaltung noch gar nicht in der Lage sei, ihre Vorlage zu veröffentlichen, ehe sie den Bundesrath passirt habe. Wenn irgendwo, so werde gerade im Reichsmarineamt bedauert, daß man die Vorlage aus dem eben angeführten Grunde vor der Hand nicht veröffentlichen dürfe. Die „Post" kann ferner wiederholen, daß das Reichsmarineamt selbst auch keinerlei Theil-Mittheilungen über die neuen Flottenpläne gemacht habe. Es könne daher seinerseits weitere Mittheilungen so wenig einstellen wie es in angeblichen Vor-Veröffentlichungen ein Haar gefunden habe. Im Gegentheil, die Marineverwaltung fürchte von der Veröffentlichung der Vorlage nicht allein keinerlei ungünstigen Eindruck, sondern erwarte gerade das Gegentheil. — Wie ein parlamentarischer Berichterstatter zuverlässig erfahren haben will, sind nicht nur von Preußen von militärischer Seite, sondern auch von der Regierung eines anderen Bundesstaates starke Bedenken gegen die Oeffentlichkeit des Verfahrens bei der Reform der Militärstrafprozeßordnung geltend gemacht worden.

Kiel. Die Abgesandten der ausständischen englischen Maschinenbauer König und Beipe wollten in einer zu Gunsten der Streikenden veranstalteten Volksversammlung über die Ausstands-Verhältnisse berichten, als König jedoch die Rednertribüne besteigen wollte, wurde er durch einen Kriminal-Kommissar verhaftet.

Breslau. Der Minister des Innern beabsichtigt die Entsendung von Strafgefangenen nach den Ueberschwemmungsgebieten, da fortgesetzt Klagen über Arbeitermangel einlaufen.

Leipzig. Auf die Begrüßungstelegramme, welche anläßlich der Einweihung des Bismarck-Denkmals an den Fürsten Bismarck gesandt worden, sind folgende Antworten eingelaufen: An Oberbürgermeister Dr. Georgi: „Ew. Hochwohlgeboren freundliche Begrüßung an dem denkwürdigen Tag ist mir eine Ehre gewesen zu erhalten und ich erkenne es als eine besondere Auszeichnung, daß die mir gewidmete Denkfeier zu einer so erinnerungsreichen Zeit stattgefunden hat. Außer Ihrem freundlichen Gruß bin ich mit Freude und Dank in diesen Tagen von meinen Leipziger Mitbürgern in zahlreichen Telegrammen, Briefen und Karten begrüßt worden, und ich bitte Ew. Hochwohlgeboren den dabei Betheiligten meinen herzlichen Dank für ihr freundliches Gedenken übermitteln zu wollen. Der Ihrige von Bismarck". An Stadtverordneten Geheimen Kommerzienrath Gruner: „Ew. Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für das von Ihnen mitunterzeichnete Telegramm vom 18. ds. Mts. und bin hocherfreut über die wohlwollende Anerkennung, die mir bei der Enthüllung von allen Theilnehmern geworden ist. Ich beglückwünsche die Herren des Komitees und den Künstler zu der Herstellung eines Denkmals, welches nach den mir zugegangenen Kundgebungen den Beifall der Bevölkerung erlangt hat. von Bismarck."

Stuttgart. Der württembergische Landtag tritt am 23. November zusammen.

München. Vor der Strafkammer fand endlich die letzte Haberertverhandlung und zwar gegen 42 der Theilnahme u. s. w. am Haberfeldtreiben bei Egmating angeklagten Bauern statt. Dieselben waren geständig und erhielten Gefängnißstrafen zwischen 12 und 3 Monaten. Im Ganzen sind über 400 Personen wegen Haberns verurtheilt worden.

Karlsruhe. Der Großherzog von Baden hat sich nach Darmstadt begeben, um den Kaiser von Rußland zur Besichtigung des Kaiser Wilhelm Denkmals in Karlsruhe einzuladen.

Wien. In parlamentarischen Kreisen verlautet, Graf Badeni beabsichtige, nochmals mit dem Exekutiv-Komitee der Rechten wegen der Erledigung des Ausgleich-Provisoriums mit Ungarn sich auseinander zu setzen. Wenn diese Konferenzen nicht den gewünschten Erfolg haben sollten, werde Badeni dem Kaiser über die Situation Bericht erstatten und wahrscheinlich das Abgeordnetenhaus auflösen.

Paris. Die angebliche Versöhnung des Prinzen Sagan mit der Prinzessin wächst sich zu einem häßlichen Aergerniß herauf. Der Bruder des Prinzen, der Herzog Montmorency, und sein ältester Sohn Graf Elias von Perigord erklären öffentlich, Prinz Sagan, dessen Geist infolge Schlaganfalls umnachtet sei, sei von seinem zweiten Sohne mit Hilfe von Dienern der Prinzessin entführt worden, und sie würden die Gerichte anrufen, um den Kranken wieder von seiner Frau zu trennen.

Madrid. Die Regierung hält in ihrer Antwort auf die Note Woodfords die Souveränitätsrechte Spaniens über Cuba mit Festigkeit aufrecht und bestreitet den Vereinigten Staaten jegliches Einmischungsrecht in die cubanische Angelegenheit. Der „Imparcial" bespricht den energischen Ton der Antwort-Note sehr beifällig. Der „Liberal" räth zur Mäßigung, aber auch zur Festigkeit in der Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten und fordert die Veröffentlichung der Note Woodfords und ihrer Beantwortung.

Rom. In Ancona trat gestern Abend wieder Hochwasser ein, welches schweren Schaden verursachte. Graf Ricotti wurde von der Strömung fortgerissen und ertrank. Wiederholt stürzten

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste — für Wäsche und Haushalt